

SE 210192
Prof. Eva Kreisky
Staatsbildung und Staatszerfall. Ausgewählte theoretische Ansätze.
SoSe 2007

STAATZERFALL ALS GLOBALES SICHERHEITSRISIKO
Oder: Veränderte Sicherheitskonzepte als Legitimation externen
Staaten-(Wiederauf-)Bauens und Rechtfertigung von Intervention

Agnes Gruber
Matr.Nr.0406090
A 300

INHALT

Einleitendes.....	3
1. Sicherheit und der Staat - <i>Failed states</i> und die Unsicherheit: Versuche der Definition von Zusammenhängen.....	5
1.1 Sicherheit und Staat als kausaler Zusammenhang	
1.2 <i>Failed states</i> als Negation von Sicherheit. Oder: die Möglichkeit von Sicherheit ohne Staat	
2. <i>Failed states</i> als Unsicherheit im Diskurs Menschlicher Sicherheit.....	8
2.1 Veränderung im Sicherheitsdiskurs: „ <i>Extension of the Security Agenda</i> “	
2.2 Staatszerfall als <i>Human Security</i> “ <i>in reverse</i> “ ?	
2.3 <i>Circulatory effects</i> : Gescheiterte Staaten als globalisierte Sicherheitsrisiken	
2.4 <i>Human Security</i> und <i>Homeland Security</i> im Krieg gegen den Terrorismus	
3. Sicherheit und die Legitimität von Intervention und externem Staaten-Bauen.....	15
3.1 „Sovereignty can be dangerous“: Herkömmliches Souveränitätsverständnis versus Anerkennung neuer Realitäten	
3.2 Intervention und Staaten-(Wiederauf-)Bauen zwischen imperialer Interessenspolitik und Menschlicher Sicherheit	
Literatur.....	22

Einleitendes

“In an interdependent world, in which security depends on a framework of stable sovereign entities, the existence of fragile states, failing states, states who through weakness or ill-will harbour those dangerous to others, or states that can only maintain internal order by means of gross human rights violations, can constitute a risk to people everywhere.” (ICISS 2001: 5)

Staatszerfall wird als im aktuellen sicherheitspolitischen Kontext als Problem der Unsicherheit in der globalisierten Welt wahrgenommen, das die Bevölkerung im von scheiternder Staatlichkeit betroffenen Territorium ebenso gefährdet, wie auch indirekt durch Realitäten wie Fluchtmigration, organisierte Kriminalität oder Terrorismus die *homeland security* effektiver Staaten. Gleichzeitig wird im Diskurs der *Human Security* der traditionelle Fokus auf Sicherheit von Staaten abgelöst durch die Priorität der individuellen Sicherheit, des Wohlergehens und der Unversehrtheit von Menschen auch und vor allem dort, wo scheiternde Staatlichkeit eben diese nicht gewährleisten (können). Als mögliche Reaktion auf das Staatszerfall wird die Legitimität des Eingreifens externer Akteure von (Wieder-)Herstellung der Sicherheit betroffener Bevölkerungen argumentiert.

Stellt man die Frage, inwieweit externes Staaten-(Wiederauf)Bauen und Intervention als Reaktionen auf das Sicherheitsrisiko *failed state* in Zusammenhang mit der veränderten Verständnis von Sicherheit als *human security* gebracht werden kann, ergeben sich daraus eine Anzahl von weiteren Fragestellungen, deren Beantwortung relevante Zusammenhänge offenlegt.

Sieht man die Schaffung von Sicherheit als Staatszweck und Existenzgrundlage moderner Staatlichkeit, delegitimiert Unsicherheit den Staat? Begreifen effektive Staaten im Rahmen eines Konzepts menschlicher Sicherheit, die Souveränität des scheiternden Staates als durch die Nicht-Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung delegitimiert und externes Eingreifen somit als legitim? Oder geht eine solche Argumentation am Kern der Sache vorbei, der da nachwievor (und im *war on terrorism* wieder verstärkt) wäre, nationalstaatliche Sicherheit durch die Abwehr von äußeren Bedrohungen zu garantieren? Wird Menschliche Sicherheit also zum Rechtfertigungsdiskurs für das solchermaßen diskursiv abgesichertes externes Eingreifen in

strategischen Territorien, deren zerfallende Staatlichkeit als *circulatory effects* als Risiken für die *homeland security* effektiver Staaten wahrgenommen wird?

Um einer möglichen Klärung dieses Fragenkomplexes bzw. relevanter Zusammenhänge näher zu kommen, soll zunächst die Beziehung zwischen Sicherheit und Staat bzw. die Sinnhaftigkeit des umgekehrten Bezugs von *failing states* und Unsicherheit oder dem *failed state* als Negation von Sicherheit nachgegangen werden. Weiters ist die Entstehung und derzeitige Prominenz des Konzepts Menschlicher Sicherheit als Konsequenz einer Reihe von Veränderungen in Sicherheitsdiskursen und sicherheitspolitischen Agenden zu verstehen. Es stellt sich die Frage, wessen Sicherheit sich tatsächlich bei der Reaktion auf Staatszerfall im Blickfeld der handelnden Akteure befindet; und zeigt sich die Disparität zwischen einem genuinen Verständnis der *human security* als Sicherheit von Individuen in ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit und ihren sozio-ökonomischen Lebenszusammenhängen und seiner Verwendung zur Rechtfertigung von Intervention, deren eigentliche Motivation die Beseitigung von Risiken für „starke Staaten“ ist. Eine Darstellung der Kontroverse um ein Aufrechterhalten des herkömmlichen Souveränitätsbegriffes und Anerkennung neuer Realitäten einer Legitimierung bzw. Delegitimierung von Staatlichkeit durch staatliches (Nicht-)Handeln, geht der Frage voraus, ob nun Intervention und Staatenbauen der Sicherheit willen glaubwürdig mit Menschlicher Sicherheit argumentiert werden können, oder diese angesichts strategischer sicherheitspolitischer Interessen der externen Akteure in den Hintergrund tritt.

In der Literatur zum Thema Staatszerfall wird mit einer Reihe von Begriffen gearbeitet, die teilweise synonym verwendet werden können, teilweise zu differenzierende Bedeutungsgehalte aufweisen. Rotberg (2002) unterscheidet zwischen „endemic weakness“, „failure“ und „collapse“ als mögliche Stufen des Staatszerfallsprozesses, vom „weak“ oder „failing state“ zum „failed state“ und schließlich zum „collapsed state“: „a mere geographical expression, a black hole into which a failed policy has fallen“ (ebenda: 90). In der thematisierten Assoziation von Staatszerfall mit der Nicht-Erfüllung staatlicher Aufgaben, insbesondere der Nicht-Gewährleistung von Sicherheit, findet bei Duffield (2005) die Gegenüberstellung von „ineffektiver“ und „effektiver“ Staatlichkeit statt.

Aufgrund dieser Vielzahl von Begriffen soll zu Beginn bezüglich der verwendeten Terminologie angemerkt werden, dass diese in der Auseinandersetzung mit den Texten verschiedener Autoren

relativ unreflektiert übernommen wurde. Insgesamt wird aber die Beschreibung von Staatszerfall bzw. dem Scheitern von Staatlichkeit als in von einander abzugrenzende Stadien zu gliedernder Prozess kritisch gesehen, da eine solche Kategorisierung möglicherweise das Risiko beinhaltet, die spezifischen Gegebenheiten im konkreten zerfallenden Staat zu übersehen. Das Defizit an Sicherheit im *failing state* ist kaum objektiv festmachbar, sondern stark bestimmt durch subjektive Wahrnehmung, aber auch Konstruktion im Rahmen von Sicherheitsdiskursen. Gerade die Abwesenheit von Sicherheit, die Unsicherheit von Bevölkerung wird allerdings als ein wesentliches Charakteristikum von scheiternder Staatlichkeit eingeschätzt; und kann somit aufzeigen, dass *weak state*, *failing state*, *failed state*, *collapsed state* zwar anschauliche Formulierungen mit allerdings umso weniger leicht definierbaren Inhalten sind. Denn wie definiert man das Weniger an Sicherheit im *failing state*, das Mehr an Unsicherheit im *failed state* oder berücksichtigt die Möglichkeit von Sicherheit jenseits von Staatlichkeit?

1. Sicherheit und der Staat - Failed States und die Unsicherheit:

Versuche der Definition von Zusammenhängen

1.1 Sicherheit und Staat als kausaler Zusammenhang

“And security has been installed within this realm of common sense as the negation of insecurity, as the pursuit of freedom from threat, as a positive goal in itself, as the primary function of the modern Nation-State and as the legitimizing promise of political order.”

(Echavarría 2006:72)

Obwohl als menschliches Grundbedürfnis verstanden, reichen die Möglichkeiten der Deutung von „Sicherheit“ von einem traditionell militärischen Verständnis und der klassischen Idee nationaler Sicherheit bis zu aktuellen Konzepten von Umfassender und Menschlicher Sicherheit. Sicherheit betrifft in dieser weiten Konzeption beinahe jeden Aspekt politischer, sozialer, die Umwelt betreffender und kultureller Dimension.

Den (einflussreichen) Versuch einer Definition gibt Buzan, der Sicherheit als „the pursuit of freedom from threat“ (Buzan 1991:19) versteht. Sicherheit bedeutet die Fähigkeit von Staaten und Gesellschaften ihre unabhängige Identität und funktionale Integrität zu behaupten und ist vor

allem zu verstehen als Zweck menschlicher Kollektive und erst in weiterer Folge als die persönliche Sicherheit menschlicher Individuen betreffend. (Vgl. Buzan 1991:19) “(...) the nation-state is the main *object* to be secured and it is, simultaneously, the main *provider* of security.” (Echavarría 2006:63)

Der Hobbes'sche Leviathan - „that Mortal God to which we owe under the Immortal God, our peace and defense” (Hobbes [1651] 1985:227) - steht für den allmächtigen Souverän, den die Individuen ermächtigen eine allgemein verbindliche Ordnung durchsetzen, aus Furcht vor dem gesellschaftlichen Naturzustand, der von Kriegen und Konflikten geprägt sei. Diese Idee der Beseitigung des Naturzustandes durch den Staat wird als zentral angesehen für die Gründung und Begründung des modernen Nationalstaats:

„Only via assuming that the state of nature is full of violence and fear, the authority of the state over the individual can be legitimized in IR. In the words of Buzan, it would be this image of unaccepted levels of societal threat, which haunts individuals like a ghost and keeps the free subject under the authority of the modern state.” (Echavarría 2006:68)

Bedrohungen seien also gleichsam konstituierendes Element moderner Staatlichkeit; man könne argumentieren, Staaten müssten bedroht werden; wenn keine Bedrohungen existierten, würde ein Teil der grundlegenden Hobbes'schen Funktion des Staates verschwinden. (Vgl. Buzan 1991:141) Der Staat präsentiert sich selbst, als Lösung mit den Problemen der Unsicherheit umzugehen. Die Gefahr bzw. ihre Darstellung durch den Staat der Bevölkerung gegenüber wird zum notwendigen Mittel des Staates, seine Legitimität aufrecht zu erhalten und seine eigene Existenz zu rechtfertigen. (Vgl. Echavarría 2006: 75)

Das Bedürfnis nach Sicherheit begründet gleichsam die Existenz von Staaten. Der Staat ist die spezifische Idee einer höheren Ordnung, die Sicherheit im Inneren des Territoriums bieten kann und vor der gefährlichen Welt außerhalb schützt.

Bleibt zu fragen, ob man daher den hergestellten Zusammenhang von Sicherheit und Staat ins Negative kehren kann, die Unsicherheit als Resultat von Nicht-Staatlichkeit bzw. Nicht-Staatlichkeit als Ursache von Unsicherheit erklären kann.

1.2 *Failed states* als Negation von Sicherheit. Oder: die Möglichkeit von Sicherheit ohne Staat

“‘Failed states’ turn Hobbes’ political theory on its head. A failed or collapsed ‘state’ would be indistinguishable from the ‘state of nature’ in which armed anarchy is a way of life.” (Jackson 1998: 2) Staatszerfall droht, wenn sich Gewalt zu einem dauerhaften internen Krieg aufbaut, der Lebensstandard massiv fällt, die Infrastruktur des täglichen Lebens zerfällt, die Gier der Regierenden ihre Verantwortlichkeit, die Situation zu verbessern, übersteigt. Nationalstaaten scheitern, weil sie nicht länger fähig sind, der Bevölkerung positive politische Güter bereitzustellen. Die Regierung verliert in den Augen der Staatsbürger an Legitimität, der Staat selbst wird illegitim. Kriminelle Gewalt nimmt zu; das staatliche Gewaltmonopol erodiert; Anarchie wird mehr und mehr zur Norm; die Bevölkerung sucht Schutz bei Warlords und anderer mächtigen Figuren, die ethnische oder Clan-Solidarität repräsentieren und wahrgenommen werden als „projecting strength at a time when all else, including the state itself, is crumbling.“ (Rotberg 2002: 87)

Der Verpflichtung - und gleichzeitigen Begründung ihrer Existenz - der Bevölkerung politische Güter wie Sicherheit, Bildung, Gesundheitsservices, wirtschaftliche Möglichkeiten, gesetzliche Ordnung und juridisches System, sowie fundamentale Infrastruktur bereitzustellen, kommen gescheiterte Staaten nur spärlich nach, schreibt Rotberg (2002). Als wesentlichstes dieser Güter streicht er die Garantie von Sicherheit als „the most central and foremost political good“ (ebenda: 87) heraus:

„Citizens depend on states and central governments to secure their persons and free them from fear. (...) a failing state is unable to establish an atmosphere of security nationwide and is often barely able to assert any kind of state power beyond the capital city (...).“ (ebenda: 87)

Es stellt sich die Frage, ob angesichts des Befunds, dass scheiternde/gescheiterte Staatlichkeit häufig einher geht mit dem Auftreten privater Gewaltakteure, die das Gewaltmonopol des Staates außer Kraft setzen und ein Recht des Stärkeren etablieren und für das einzelne Individuum so scheinbar einen Zustand permanenter Unsicherheit erzeugen, *failed states* - pauschal formuliert - als Negation von Sicherheit verstanden werden können.

Clapham (2000) spricht sich gegen eine Gleichsetzung von Abwesenheit von (moderner) Staatlichkeit mit Unsicherheit, Chaos und Anarchie aus: „(...) non-state-hood by no means necessarily results in that war of every man against every man, that Hobbesian predispositions of international relations theory might lead one to expect.” (ebenda:10) Die Existenz eines Staates sei keineswegs notwendige Voraussetzung für eine Form sozialer Ordnung, da Menschen früher oder später eine vernünftige friedliche und effektive Art des Zusammenlebens finden müssten. Oft resultiere daraus zwar die Formation oder Reformation von Staatlichkeit; aufgrund der Künstlichkeit staatlicher Strukturen beispielsweise im postkolonialen Afrika, dürfe es allerdings nicht überraschen, wenn sich alternative staatliche Systeme durchsetzten. Außerdem dürfe Staatszerfall nicht gleichgesetzt werden mit dem Kollaps anderer nicht-staatlicher Lebenserhaltungssysteme, wie die in der Ideologie moderner Staatlichkeit vermittelte Zentralität des Staates vermuten ließe. Die tragischen Kosten kollabierender Staatlichkeit für betroffene Bevölkerungen bestätigt Clapham ebenso, wie die Notwendigkeit internationaler Bemühungen, die Lebensbedingungen dieser Menschen bestmöglich zu verbessern. Aber anders als häufig in der aktuellen Diskussion um *state failure*, sieht der Autor solche Bemühungen als nicht unbedingt gleichzusetzen mit externem (oder internem) Staaten-Bauen.

„But rather than simply assuming that such action must necessarily involve the reconstruction of states, under conditions in which they have failed before and are likely to fail again, it would be wise to recognise that the brief period in which states covered the whole of the inhabited world has now passed (...).“ (ebenda:12)

2. *Failed states* als Unsicherheit im Diskurs Menschlicher Sicherheit

2.1 Veränderung im Sicherheitsdiskurs: “ *Extension of the Security Agenda*”

“One hundred years ago states may have had the option of building security at home (...). That option has gone. (...) Violent conflicts create problems that travel without passports. In an interdependent world security cannot be developed on a pure national base.”
(Human Development Report 2005:151)

Eine Veränderung des Grundverständnisses von Sicherheitspolitik, die den Charakter eines Paradigmenwechsels annimmt, sei seit dem Ende des Kalten Krieges merkbar. Zentral ist dabei die Konstruktion neuer Gefährdungen jenseits des klassischen staatszentrierten Sicherheitsbegriffs. (Vgl. Khittel/Posposil 2006: 40).

Bis weit in die 1980er-Jahre fokussierte internationale Sicherheitspolitik im wesentlichen auf von anderen Staaten ausgehende militärische Bedrohungen. Diese staatszentrierte Perspektive betonte die Wichtigkeit territorialer Integrität, politischer Unabhängigkeit, Überlebensfähigkeit und die Fähigkeit, die eigenen Staatsbürger zu schützen. Es wurde angenommen, dass die meisten Bedrohungen externen Ursprungs und militärischer Natur wären und dass, mit (überwiegend) militärischen Mitteln reagieren zu können, daher ausreichend sei.

„In the age of interdependence the security of states of states can also be endangered by non-military developments.“ (Werthes/Debiel 2006: 8) Angesichts zunehmender Interdependenz in einer globalisierten Welt scheint die traditionelle Sicherheitskonzeption Ende der 1980er als nicht mehr angemessen. Gewaltsame Konflikte sind in der Mehrzahl nicht mehr zwischenstaatlich; die meisten Sicherheitsrisiken stehen vielmehr in Zusammenhang mit Prozessen staatlicher Transformation und Konsolidierung. Sicherheitspolitik im Sinne der Fähigkeit Staatsbürger (allein) mit militärischen Mitteln zu schützen wird angesichts neuer Bedrohungen zum Auslaufmodell. (Vgl. Werthes/Debiel 2006:8)

Werthes und Debiel (2006) nennen drei wesentliche strukturelle Veränderungen der letzten Dekaden als für die verstärkte Beschäftigung mit neuen Sicherheitskonzeptionen verantwortlich. Fortschreitende wirtschaftliche Verflechtung in globalem Maßstab, ein mit dem Ende des Ost-West-Konflikts „akzentuierter Alleinvertretungsanspruch der liberal-demokratischen Systeme westlicher Prägung als Form der politischen Verfasstheit von Staaten“ (ebenda: 2), sowie die abnehmende „Zwischenstaatlichkeit“ bei gleichzeitig zunehmender „Innerstaatlichkeit“ von Konflikten hätten insbesondere im sicherheitspolitischen Bereich zu nachhaltigen Veränderungen vor allem mit Blick auf die Bedrohungsszenarien geführt.

Einen solchen fundamentalen Wandel in einem international als äußerst essentiell angesehenen Feld müsse ein gewisser Vorlaufprozess vorangegangen sein, meinen auch Khittel und Posposil. Angestoßen wurde ein solcher Prozess mit dem Ende des Kalten Krieges, das allerdings nicht die Richtung der diagnostizierten Veränderung (Erweiterung des Sicherheitsbegriffs) erklärt. Dass eine angebliche Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen – die Autoren meinen, in weiten Teilen der welt-systemischen Peripherie jedenfalls hätte sich die Situation nach

dem Ende des Kalten Krieges nicht so grundlegend gewandelt - als Erklärung herangezogen wird, wird skeptisch hinterfragt; denn das reflektiere eher eine geänderte sicherheitspolitische Wahrnehmung, als eine tatsächlich veränderte Realität von Bedrohungen. (Vgl. Khittel/Pospsil 2006: 41) Eher wird ein Rechtfertigungs- bzw. Legitimierungsdiskurs hinter dem Konstatieren „neuer“ Bedrohungen und der Notwendigkeit neuer Antworten auf diese Sicherheitsrisiken vermutet, könnte man zwischen den Zeilen lesen.

Die Mängel der gängigen Sicherheitskonzeption leiteten jedenfalls eine horizontale Erweiterung von „Sicherheit“ in die Breite, im Sinne einer Erweiterung des Katalogs möglicher Bedrohungen ein. Das Konzept der Erweiterten Sicherheit umfasst eine ökonomische und Umwelt-Dimension, sowie ein breites Spektrum zusätzlicher „neuer“ Bedrohungen der Sicherheit von Staaten, wie bspw. die Verbreitung von Epidemien, transnationale Migration oder schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen. „Nevertheless they did not undermine the Realist logic of conventional Security Studies and remained mainly state-centered in that they still focused on the security of the state and its integrity and not so much on the capability to protect its citizens.“ (Werthes/Debiel 2006: 9) Umfassende Sicherheit hingegen impliziert, schreiben Werthes und Debiel (2006) – wie bereits zuvor Gemeinsame Sicherheit im Gegensatz zur Traditionellen Sicherheit – eine „international society of states perspective“ (ebenda: 11), die die Institutionalisierung von gemeinsamen Interessen und gemeinsamer Identität zwischen Staaten und die Schaffung gemeinsamer Normen, Regeln und Institutionen ins Zentrum stellt. Nicht nur Macht, sondern (internationalem) Recht wird die Möglichkeit, auf Bedrohungen der (staatlichen) Sicherheit zu reagieren, zugesprochen. (Vgl. ebenda: 9)

2.2 Staatszerfall als *Human Security* “in reverse“ ?

Ein noch grundlegendere Veränderung der Wahrnehmung der Akteursebene und der Ebene des Referenzobjekts – eine vertikale Erweiterung der Konzeption von Sicherheit in die Tiefe - erfolgte mit der Einführung des Konzepts der Menschlichen Sicherheit. „Human security is commonly understood as prioritising the security of people, especially their welfare, safety and well-being, rather than that of states.“ (Duffield 2005: 1) Das Verständnis von Sicherheit geht über den konventionellen Rahmen militärischer Kapazität und Verteidigung der Grenzen hinaus. Zum

Referenzobjekt der Sicherheit wird das zu sichernde Individuum, und bleibt somit nicht länger der unterentwickelte Staat, argumentierte UN-Generalsekretär Boutros-Ghali in *An Agenda for Peace* 1992. Im Rahmen eines Diskurses um Menschliche Sicherheit wird die Definition von Sicherheit so erweitert, dass sie Umwelts- und Gesundheitsfragen ebenso einschließt, wie demographische, ökonomische und politische Themen. Das Individuum steht in der Bedrohung seiner Sicherheit durch Armut, Vertreibung, HIV/AIDS, Umweltkatastrophen, soziale Exklusion etc. im Zentrum eines Sicherheitskonzepts, dessen Aufstieg als aus einem zunehmenden Humanismus im internationalen System resultierend dargestellt wird. (Vgl. Duffield 2005: 2) Konflikt wird – auch als Resultat von Staatszerfall - definiert als wesentlichste Bedrohung für nachhaltige Entwicklung. Die Zerstörung von Infrastruktur und Lebenserhaltungssystemen, bringt nachhaltige Entwicklung aus dem Gleichgewicht, steigert so das Risiko andauernder Gewalt und Vertreibung. *New wars* sind, anders als die vergangenen, vor allem Bürgerkriege, in denen die kriegsführenden Parteien keine Zurückhaltung zeigen vor menschlichem Leben und kulturellen Institutionen und wesentliche Infrastruktur und Lebenserhaltungssysteme (livelihood systems) für kriminelle Profite nutzen: „The changing nature of conflict theme sees organized crime as development in reverse.“ (Duffield 2005: 8) Besonders im Kontext mit Post-Konflikt-Situationen, wird die Bedeutung von (menschlicher) Sicherheit als Vorbedingung für oder notwendige Begleiterscheinung von (menschlicher) Entwicklung deutlich sichtbar. Das könne außerdem erklären, warum das Konzept von einem engen Verständnis als *freedom from fear*, das physische und psychische Integrität von Menschen thematisiert, bis zur weiten Perspektive der *freedom from want*, die Bedrohungen des sozio-ökonomischen Wohlergehens reicht. (Vgl. Werthes/Debiel 2006: 10) *Responsibility to Protect*, verstanden als Argument für Intervention zum Schutz von Menschen, schließt auch das Verhindern von Staatskollaps mit ein, so die International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) in ihrem Report 2001:

“Millions of human beings remain at the mercy of civil wars, insurgencies, state repression and state collapse. (...) What is at stake here is not making the world safe for big powers, or trampling over the sovereign rights of small ones, but delivering practical protection for ordinary people, at risk of their lives, because their states are unwilling unable to protect them.” (ebenda: 11)

Das Konzept der Menschlichen Sicherheit in seinem Bezug auf eine ganzheitliche Sicherung der physischen Unversehrtheit des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens, des Respekts vor seiner Würde und seinem Wert als menschliches Wesen und des Schutzes der Rechte und fundamentalen Freiheiten des Individuums (vgl. ebenda: 15) kann als der Situation der Unsicherheit im Territorium des zerfallenden oder gescheiterten Staates diametral entgegengesetzt betrachtet werden.

Um global Menschliche Sicherheit zu gewährleisten, habe das Konzept zu Ende der 1990er-Jahre die Vision eingeschlossen, existierende Hilfsnetzwerke in ein koordiniertes, internationales Interventionssystem einzubinden, das fähig sein sollte, die Bemühungen ineffektiver Staaten die Sicherheit ihrer Bürger und ihrer Wirtschaft zu gewährleisten, zu ergänzen. Im aktuellen Diskurs allerdings würden die Bedrohungen der individuellen Sicherheit der Bevölkerung ineffektiver Staaten zunehmend als Gefährdungen der internationalen Sicherheit bzw. der nationalen Sicherheit effektiver Staaten wahrgenommen:

„Compared to this more universalistic notion of human security, in which development and security were regarded as ‘different but equal’, the war on terrorism has deepened the interconnection between development and security.” (Duffield 2005: 1)

2.3 Circulatory effects: failed states als globalisierte Sicherheitsrisiken

Das Konzept der Menschlichen Sicherheit ist für Duffield (2005) emblematisch für das veränderte Sicherheitsterrain nach Ende des Kalten Krieges: Die Möglichkeiten von in ineffektiven Staaten lebenden Menschen ein sicheres und erfülltes Leben zu führen – ihre Menschliche Sicherheit also – hätte sich mit dem Wegfallen der Bedrohung durch einen katastrophalen Nuklearkrieg der führenden Staaten aus dem Schatten der inneren Angelegenheiten auf die internationale politische Agenda bewegt. „Failure to achieve human security risks disillusionment and civil conflict among groups, communities and peoples; it threatens states from inside as it were and hence global order itself.” (ebenda :1) Der Fokus aktueller Interpretation von Menschlicher Sicherheit - und damit auch der von Ressourcen, über deren Verwendung die Priorität von Sicherheit oder Entwicklung entscheidet – verlagert sich

zunehmend zurück auf strategische Sub-Populationen, Regionen und Themen, die als Risiko für die Sicherung der *homeland security* wahrgenommen werden.

Failed und *failing states* werden in dieser veränderten Konzeption von Sicherheit in beiden Kontexten zentral thematisiert. Für den tatsächlichen Umgang mit Staatszerfall spielt es freilich eine entscheidende Rolle, ob der Schwerpunkt der Argumentation bei der Sicherheit der Individuum innerhalb des unsicheren Territoriums ineffektiver Staatlichkeit oder bei den Risiken für die Sicherheit effektiver Staaten und deren Bevölkerung liegt. Nicht zuletzt die Auseinandersetzung um Legitimität bzw. Rechtfertigung (humanitären oder militärischen) externen Eingreifens findet in diesem Spannungsfeld statt: Die Delegitimierung von Staatlichkeit durch Mangel an bzw. Fehlen von Gewährleistung von Sicherheit der Bevölkerung, die damit einhergehende Negation von staatlicher Souveränität und Rechtfertigung von Intervention (vgl. Jackson 1998) bezieht sich auf die individuelle (Un)Sicherheit im zerfallenden Staat. Staatszerfall als globalisiertes Sicherheitsrisiko für „starke Staaten“ wird andererseits als Motivation für Entwicklungspolitik wie auch militärische Intervention als Präventivstrategien/Reaktionen auf die Bedrohung der „Homeland-Security“ verstanden.

„Many people in the world live intolerably insecure lives.“, heißt es in *A Human Security Doctrine for Europe* (2004), und weiter: “In an era of global interdependence, Europe can no longer feel secure when large parts of the world are insecure.” (ebenda: 7) Um in der heutigen Welt sicher zu sein, müsse Europa vielmehr zur globalen Menschlichen Sicherheit beitragen, und das nicht nur mit konventionellen militärischen Mitteln. Da der Kollaps von Staaten zur alternativen Option zur Demokratisierung werde, sei präventives Engagement, das demokratischen Wandel erleichtere ein besserer Zugang als *containment*.

Thematisiert werden hier die Gefahren unkontrollierter *circulatory effects* von Kriegegebieten, die als globalisierte Sicherheitsrisiken nach außen auf andere Staaten wirken. In einer globalisierten Welt könnten *failing states*, ein Risiko für Menschen überall sein. „Indeed, there is no longer such a thing as a humanitarian catastrophe occurring ‘in a faraway country of which we know little’“. (ICISS 2001: 5)

Die Möglichkeit, dass humanitärer Katastrophen, Instabilität und Armut Vertreibung und Migration bewirken, illegale grenzüberschreitende Ökonomien erzeugen und Unterstützung terroristischer Netzwerke fördern, zeigt die radikale globale Interdependenz und Vernetzung von

Ländern und Regionen. Diese resultiert (auch) in einer Zunahme von Unsicherheiten und gesteigertem Risiko beispielsweise in Form von Fragilität von Grenzen und gesteigerte Abhängigkeit von Lebenserhaltungssystemen, so auch der Möglichkeit eines „Boomerang-Effekts“ von Ungleichheiten zwischen Süden und Norden. Globalisierung weitete alte Disparitäten und ließ neue Formen von Exklusion auftreten, die illegale, kriminelle, destabilisierende Formen globaler Flüsse/Bewegungen fördern können. (Vgl. Duffield 2005:12) „In achieving security, securing failed and fragile states has been identified as pivotal.“ (Duffield 2005:12) Während ineffektive Staaten während der 1990er-Jahre mit Gleichgültigkeit behandelt wurden, werden sie jetzt zum Gegenstand vermehrten Interesses. Kriminalität, Zusammenbruch und Chaos von Krisenstaaten werden assoziiert mit einer Leere, die im Zusammenhang mit Fragmentierung, Armut und Entfremdung der ungesicherten Bevölkerung als anfällig für politischen Extremismus eingeschätzt wird – in der Formulierung Duffields (2005) das „the poor are attracted to violent leaders-argument“. (ebenda: 12)

2.4 *Human security*, *homeland security* und *failed states* im Krieg gegen den Terrorismus

Der *war on terrorism* sei, das zeige die Thematisierung des Problems der *failed states*, nicht einfach als militärische Kampagne zu verstehen, sondern ein multidimensionaler Konflikt, der Fragen von Armut, Entwicklung, internen Konflikten inkludiert. (Vgl. Duffield 2005: 13) Die *National Security Strategy* der USA, ebenso wie EU und OECD betonen Entwicklungshilfe/EZA als strategisches Element im Krieg gegen den Terrorismus „in a world of increasingly open borders in which the internal and external aspects of security are indissolubly linked“ (DAC 2003: 11).

Behauptet wird die Komplementarität bzw. Unteilbarkeit von *homeland* und *borderland security* in der *Human Security Doctrine for Europe*: Der wesentliche Punkt des *human security*-Konzepts sei, dass Europäer nicht sicher sein könnten, solange andere auf der Welt in arger Unsicherheit leben. Keine Entwicklung ohne Sicherheit, keine Sicherheit ohne Entwicklung. Die Spannungen, die dabei entstehen, Entwicklung als Mittel der *homeland security* zu instrumentalisieren, werden scheinbar übersehen. Das Argument des aufgeklärten Selbstinteresses ändert nichts an realen unterschiedlichen Prioritäten der inland-orientierten Sicherheiten westlicher Staaten und der Entwicklung peripherer/südlicher Staaten/Regionen. Effektive Staaten redefinieren

entwicklungspolitische Themen und betonen dabei Risiken zerstörerischer internationaler Vernetzung. Wenn möglich und notwendig inkludiert das die Schwerpunktsetzung auf die Beschäftigung mit *crises states*, einschließlich *regime change* und/oder Wiederaufbau der „souveränen Grenze“ durch das Stärken der Fähigkeit Wirtschaft und Bevölkerung im Territorium zu sichern. Im *war on terrorism*, aber nicht nur dort, sind Regionen, wo ein kausale Verbindung der Prioritäten weniger offensichtlich erscheint, gefährdet aus dem Blickfeld von Entwicklungspolitik zu geraten. Der wird auf kurzfristige Maßnahmen gelegt, anstatt tiefer liegende Ursachen im Zusammenhang mit Ungleichheit, Exklusion, Marginalisierung, Aggression zu adressieren. (Vgl. Duffield 2005: 13) Anderenfalls (geringes Potential/Risiko) bleiben die im Territorium ineffektiver Staaten lebende Menschen – eigentlich zentrales Objekt des ursprünglichen Human Security Konzepts - unberücksichtigt: „The worry ist that ‚their‘ security and development are becoming important only insofar as they are means towards ‚ours‘.“ (Duffield 2005: 13) Oder wie es der Human Development Report 2005 formuliert: „Today’s security strategies suffer from an overdeveloped military response to collective security threats and an underdeveloped human security response.“ (ebenda: 152)

3. Sicherheit und die Legitimität von Intervention und externem Staaten-Bauen

3.1 „Sovereignty can be dangerous“: Herkömmliches Souveränitätsverständnis versus Anerkennung neuer Realitäten

Entsteht der souveräne Staat um innerhalb seiner Grenzen für sozialen Frieden zu sorgen, so bedeutet das gleichzeitig auf internationaler Ebene eine Welt kriegführender unabhängiger politischer Leviathane. Die Existenz von *failed states* könne als Inversion des Hobbes’schen Sicherheitsdilemmas verstanden werden: Während international relativ Frieden herrscht, sind Bürgerkrieg und interner Gewalt zur gängigen Konflikform unsrer Zeit geworden. „Failed states turn Hobbes’ political theory on ist head“ (Jackson 1998:2), schreibt R.H.Jackson (1998). Im Zustand des Kollaps ist der Staat trotz formaler Existenz oft nicht mehr unterscheidbar vom Naturzustand, in dem Anarchie und der Krieg aller gegen alle herrschen. Dem *failed state* ist es nicht möglich (bzw. handelt er nicht so) ein Minimum an Frieden, Ordnung, Sicherheit etc. herzustellen: „Failed states are hollow juridical shells that shroud an anarchical condition

domestically.“ (ebenda: 4) Dass eine solche Situation eine Bedrohung für die Bevölkerung des kollabierten Staates darstellt ist klar. Ob sie auch als normatives Problem der internationalen Beziehung einzuschätzen ist, fragt Jackson, und weiter: „Do failed states present a challenge to Westphalian order (...)?“ (ebenda: 4)

Die postkoloniale internationale Gemeinschaft sieht Jackson durch pluralistische Ethik geprägt; zentrale Kategorien sind die Sicherung der internationalen Ordnung und die Souveränität unabhängiger Staaten. Wie sie mit dieser Souveränität „zu Hause“ umgehen, bleibt ihre Sache gemäß der universellen Grundnorm der Nicht-Intervention. Normative Entwicklungen scheinen diese westfälische Ordnung aufzuweichen: „Neuer Interventionalismus“ beruft sich auf Menschenrechte, Flüchtlingskonvention und Konvention gegen Kriegsverbrechen; internationale Standards und Institutionen ersetzen zunehmend staatliche Rechtsprechung. Sind die „erfolgreichen“ Mitglieder der internationalen Gemeinschaft über die Pflicht externe Souveränität zu respektieren hinaus, verantwortlich für gescheiterte Staaten?

In Situationen, in denen eine Bedrohung der internationalen Ordnung laut Chapter 7 der UNCharta, Staaten mit UN-Mandat ermächtigt, Frieden und Sicherheit auch gegen die Souveränität von Staaten durchzusetzen, stelle sich keine moralische Frage. Diese müsse dann beantwortet werden, wenn Staaten bzw. kollabierende Staaten eine Gefahr für die eigene Bevölkerung darstellen, für ihre internationale Umwelt allerdings nur bedingt oder gar nicht. Müssen unzivile innere Zustände in Staaten zum Anlass genommen werden, um von Nicht-Intervention und gleicher Souveränität Abstand zu nehmen und Unabhängigkeit an Bedingungen wie inneren Frieden, Ordnung, Good Governance zu knüpfen, überlegt Jackson (Vgl. ebenda: 7); und „Should sovereign state responsibility revert to outsiders when insiders fail?“ (ebenda: 7) wird nach der Legitimität von Interventionalismus gefragt. Die das externe Eingreifen legitimierende solidarische Norm positiver Souveränität wird als ein Konzept beschrieben, das die Autonomie eines Staates von seinem fundamentalen Beitrag zum Wohlergehen seiner Bürger abhängig macht, und die koloniale Praxis zu begründender Anerkennung wieder einführt. Demgegenüber berufe sich die postkoloniale Anerkennung durch Deklaration auf einen pluralistischen negativen Souveränitätsbegriff, der im Prinzip der Nicht-Eimischung resultiert. Das koloniale Konzept der Treuhandschaft wurde 1960 durch die UN-Resolution 1514 offiziell delegitimiert („All peoples have the right to self-determination. (...) inadequacy of political, economic, social or educational preparedness should never serve as pretext for delaying

independence.“), doch schien es dennoch in den 1990ern nicht wirklich überwunden und angesichts der anarchischen Zustände in einigen Quasi-Staaten als möglicher Ansatz von neuer Aktualität: „It is the desperate situation of state-collapse or near collapse that the UN, or some other international body, is invoked to act as a surrogate sovereign and support system in the face of anarchy and human misery ...“, zitiert Jackson Lyon (ebenda: 8) Aufgrund der Probleme der praktischen Umsetzung eines Reaktivierens von Treuhandschaft, nicht zuletzt aber auch wegen der Frage moralischer Natur, für ihn der Kern der Sache, plädiert der Autor für ein Verwerfen dieser Idee: „That seems to suggest rather strongly that government – good, bad, or indifferent – is primarily a matter of domestic politics.“ (ebenda: 8) Denn Treuhandschaft bedeute Paternalismus auf internationalem Niveau; eine solche Konterrevolution würde den Prozess universeller Dekolonisation umkehren. „Whatever it may be termed, trusteeship is normatively at odds with the ethos of equality of cultures, civilisations, races etc. that entered into international society (...) during the course of decolonization after centuries of inequality and discrimination.“ (ebenda: 8) Verantwortlich für gescheiterte Staaten seien die Menschen, die dort leben, die Bürger und besonders die Regierung. Internationale moralische und materielle Unterstützung, sowie Konditionalität und internationaler Druck seien berechtigte und verantwortungsvolle Möglichkeiten an Probleme gescheiterter Staatlichkeit heranzugehen, und Paternalismus zu vermeiden. (Vgl. ebenda: 8)

Auch Menschenrechtsnormen bzw. deren Verletzung würden internationale Treuhandschaft für *failed states* nicht rechtfertigen, so Jackson, denn diese stünden nicht über der Grundnorm der Nicht-Intervention in einem pluralistischen System von Staaten als unabhängiger moralischer Gemeinschaften. Anders wäre diese Wertung in einer Weltgesellschaft mit solidarischer Ethik. „But the fact is, that such a radically different world does not exist nor is it looming on the horizon.“ (ebenda: 14)

Schwache Staaten unterminieren das Prinzip der Souveränität, auf dem die internationale Ordnung seit dem Westfälischen Frieden basiert, indem sie gewissermaßen die Möglichkeit einer Intervention durch einen anderen Staat mit sich bringen, schreibt hingegen F. Fukuyama (2004). (Vgl. ebenda: 136). Eine Erosion der Souveränität, die durch die Ablösung einer Politik der Abschreckung und Eindämmung durch eine (präventive) Interventionsstrategie deutlich wird, habe bereits mit den „humanitären Interventionen“ der 1990er-Jahre begonnen. Das westfälische System, das bewusst nicht nach Legitimität gefragt habe, sei als nicht mehr adäquater Bezugsrahmen von einem - gegenüber der Zeit des Kalten Krieges - relativ größeren Konsens

über Prinzipien der politischen Legitimität und der Menschenrechte abgelöst worden. Hier wird also in der Worten Jacksons durchaus das Entstehen einer „singular world political community with a solidarist ethic“ (Jackson 1998:14) festgestellt, die die Allgemeingültigkeit von staatlicher Souveränität im Zusammenhang mit der Problematik der *failed states* in sich zusammenfallen lässt. „Staatliche Souveränität war im Fall von Ländern wie Somalia oder Afghanistan, das nur noch von Warlords begerrscht wurde, eine Fiktion oder ein schlechter Witz.“ (Fukuyama 2004: 137) Für Außenstehende entstehe im Namen von Menschenrechten und demokratischer Legitimität nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu intervenieren, durch eben diese (humanitären) Interventionen ein internationales Imperium faktischer Kolonialherrschaft über die gescheiterten Staaten - „gut gemeint, aber dennoch ein Imperium“. (Vgl. ebenda: 138)

Ratner und Helman sehen in ihrem Artikel „Anarchy Rules: Saving Failed States“ (1992) ebenfalls einen durch delegitimierte (Nicht-)Staatlichkeit entstandenen Handlungsbedarf der internationalen Gemeinschaft: „As those states descend into violence and anarchy – imperiling their own citizens and threatening their neighbors through refugee flows, political instability, and random warfare – it is becoming clear that something must be done.“ (Helman/Ratner 1992:3, zitiert nach Khittel 2006: 45). Im Zuge zu implementierender nationalstaatserhaltender Maßnahmen, die vorgeschlagen werden um Staatszerfall entgegenzuwirken, sei auch der Souveränitätsgrundsatz neu zu bewerten.

„That barriers [to the international involvement in internal matters] stem from the talisman of ‚sovereignty‘. That ill-defined and amorphous notion of international law has been used to denote everthing from a state’s political independence (...) to the more extrem view that all the internal affairs of a state are beyond the scrutiny of the international community.“ (Helman/Ratner 1992: 9)

“(...)if humanitarian intervention is, indeed, an unacceptable assault on sovereignty, how should we respond to a Rwanda, to a Srebrenica – to gross and systematic violations of human rights that affect every precept of our common humanity?“ (Annan 1999, zitiert nach ICISS 2002: VII)

Responsibility to Protect versteht *human security* als zentral für die Redefinition von staatlicher Souveränität im Spannungsverhältnis zwischen Staat und internationaler Gemeinschaft. Der Report der Commission on Intervention and State Sovereignty 2001 zieht zur Rechtfertigung von Intervention die Unterscheidung zwischen effektiver und ineffektiver Staatlichkeit heran. Die Annahme, Menschliche Sicherheit fokussiere auf die Sicherheit von Menschen anstatt auf die von Staaten wird verstanden als das Fokussieren effektiver Staaten auf die Bevölkerung ineffektiver Staaten. „Thinking of sovereignty as responsibility (...) implies that the state authorities are responsible for the functions of protecting the safety and lives of citizens and promotion of their welfare.“ (ICISS 2001: 13)

Intervention wird als Reaktion auf die Gefahren unkontrollierter *circulatory effects* von Krisengebieten, die als globalisierte Sicherheitsrisiken nach außen auf andere Staaten wirken, argumentiert. In einer globalisierten Welt, in der Sicherheit auf einem Rahmen stabiler souveräner Einheiten basiere, könnten failed states, die Personen beherbergen, die für andere gefährlich sind oder nur fähig sind, Ordnung durch massive Menschenrechtsverletzungen aufrecht zu erhalten, ein Risiko für Menschen überall sein. (Vgl. ebenda: 15) Wenn ein Staat unfähig ist, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, steht *Responsibility to Protect* über dem Prinzip der Nicht-Einmischung. Dadurch wäre die moralische Richtigkeit von Intervention gesichert.

3.2 Intervention und Staaten-(Wiederauf-)Bauen zwischen imperialer Interessenspolitik und Menschlicher Sicherheit

Bleibt also externes Eingreifen in interne Angelegenheiten ein imperialer Akt, der kolonialen Paternalismus reaktiviert oder muss Intervention und Staaten-Bauen im Kontext Menschlicher Sicherheit als humanitärer, gerechtfertigter, ja notwendiger Akt globaler Solidarität gewertet werden?

Als durchaus sinnvoll und brauchbar erweist sich angesichts der moralisierenden Aufladung des Themas der Zugang Hipplers in seiner Auseinandersetzung um „Nationalstaaten aus der Retorte?“ (2004).

Die Gewährleistung von Sicherheit als behauptete Motivation und Legitimation betreffend, ist die Feststellung wesentlich, dass Nation-building insgesamt nicht a priori friedensfördernd sei; doch könne auch gewaltsames Nation-building langfristig zu Senkung des Gewaltniveaus durch das

Gewaltmonopol eines von der Gesellschaft akzeptierten Staates oder das bessere Management innergesellschaftlicher Grenzlinien führen. (Vgl. ebenda: 248) Interventionsgründe externer Akteure beinhalten Umsetzung strategischer und Machtinteressen, das Interesse an regionaler Stabilität oder politischer Neuordnung einer Region, aber auch die Reaktion auf eine humanitäre Notlage, die zur Übernahme bestimmter Verwaltungs- und Sicherheitsfunktionen führt. Die unterstellte stabilisierende und ordnende Funktion von Nation-Building, sowie seine pathetisch anmutende Wahrnehmung als „Strategie, die sich gerade mit den vergessenen Konflikten, fehlgeschlagenen Staaten, den failing states, schwarzen Löchern der Ordnungslosigkeit auf unsrem Planeten befasst“ (Volmer 2002, zitiert nach Hippler 2004:245), dürfen allerdings nicht davon ablenken, dass interne Akteure häufig nicht eine Situation der Fragmentierung, Auflösung und Anarchie eingreifen. Sie zerschlagen vielmehr gewaltsam ein bestehendes System um anschließend einen Prozess des Wiederaufbaus zu beginnen: „Dabei war Nation-building nie das eigentliche Ziel des Engagements, sondern ein Mittel“ (ebenda: 249) Imperiales bzw. sicherheitspolitisch dominiertes Nation-building stellt laut Hippler den Versuch der Neu-Schaffung eines Nationalstaats und häufig auch der entsprechenden Gesellschaft dar:

„einen Schöpfungsakt ungeheueren Ausmaßes (...) und mit beträchtlichem Risiko behaftet: nicht unmöglich, aber häufig politisch oder recht zweifelhaft und so komplex, mit so hohem Anspruch an Ressourcen, politischem Willen und Durchhaltevermögen versehen, dass sein Scheitern auf Dauer (...) eine realistischere Möglichkeit darstellt.“ (ebenda: 255)

Auf Wiederherstellung der Menschlichen Sicherheit der Bevölkerung zerfallender Staaten kann sich eine solche Form durch Gewalt iniszierter und strategische Interessen motivierter externer Intervention nicht glaubwürdig berufen. Abzugrenzen ist diese „imperiale Variante von Interessenspolitik zur Kontrolle fremder Gesellschaften“ (ebenda: 268) allerdings von positiven Anstrengungen authentische Prozesse von außen politisch, ökonomisch, entwicklungs- oder sicherheitspolitisch zu unterstützen. Als entwicklungspolitische Version könne externe Unterstützung interner Akteure größere Spielräume verschaffen und so verhindern, dass der komplexe Prozess des Nation-Building die politischen und ökonomischen Strukturen der schwachen und geteilten Gesellschaft überfordert. (Vgl. ebenda: 255f.) Die so fokussierte – und von Hippler als strategische Schlüsselansatzpunkte angeführte - Integration fragmentierter

Gesellschaften und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit eines der Gesellschaft entsprechenden und ihr dienenden Staatsapparates lassen sich in den Zusammenhang von Wiederaufbau von zerfallender Staatlichkeit und der damit einhergehenden Sicherung von Individuen als Umsetzung des Konzepts der menschlichen Entwicklung verstehen.

LITERATUR

Albrecht, Ulrich/ Chinkin, Christine/Dervis, Kemal et.al. (2004) A Human Security Doctrine for Europe. The Barcelona Report of the Study Group on Europe's Security Capabilities.
Online:http://www.centrodirittiumani.unipd.it/a_laurea/esami/ppsuenu/HSDoctrineEurope.pdf

Boutros-Ghali, Boutros (1992) An Agenda for Peace. Preventive Diplomacy, Peacemaking and Peace-keeping. Online: <http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html>

Buzan, Barry (1991). *People, States and Fear: An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era*. Harlow: Pearson Education Limited.

Clapham, Christopher (2000) Failed States and Non-States in Modern International Order.
Online: http://www.comm.ucsb.edu7Research/mstohl/failed_states/2000/papers/clapham.html

DAC (2003) A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention. Key Entry Points for Action. Online: <http://www.oecd.org/dataoecd/17/4/16085708.pdf>

Duffield, Mark (2005) Human Security: Linking Development and Security in an Age of Terror.
Online: http://eadi.org/gc2005/confweb/papersps/Mark_Duffield.pdf

Echavarría Alvarez, Josefina (2006) Re-thinking (In)Security Discourses from a Critical Perspective. In: *Asteriskos: Journal of International and Peace Studies*, 1-2, 2006, 61-82.

Fukuyama, Francis (2004) *Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik*. Berlin: Propyläen.

Helman, Gerald B./Ratner, Steven R. (1992) Anarchy Rules: Saving Failed States. In: *Foreign Policy*, 89, 3-20.

Hippler, Jochen (2004) *Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?* Bonn: Dietz.

Hobbes, Thomas (1985 [1651]) *Leviathan*. London [u.a.]: Penguin Books

ICISS (2001) Responsibility to Protect. Report of International Commission on Intervention and State Sovereignty. Online: <http://www.iciss-ciise.gc.ca/pdf/Commission-Report.pdf>

Jackson, Robert H. (1998) *Surrogate Sovereignty? Great Power Responsibility and "Failed States"* Institute of International Relations, The University of British Columbia. Working Paper No.25 November 1998.

Khittel, Stefan/ Posposil, Jan (2006) *Europäische Entwicklungspolitik als Alternative zum Global War on Terrorism*. Wien: Südwind.

Rotberg, Robert (2002) The New nature of State Failure. In: The Washington Quarterly 2573 Summer 2002, 85-96.

UNDP (2005) Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world. Online: <http://hdr.undp.org/reports/global/2005/>

Werthes, Sascha/Debiel, Tobias (Hrsg.) (2006) Human Security on Foreign Policy Agendas. Changes, Concepts and Cases. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden.